

Woche vom 8.5. - 17.5.89

# Courage



No 24



### Die "Bewegung des 4.Mai"- StudentInnen-Proteste in China

Am 4.Mai 1989 jährte sich zum siebzigsten Mal der Beginn der "Bewegung des 4.Mai", als Chinas StudentInnen und besonders die der Peking-Uni "Beida" zum ersten Mal für einen kulturellen und politischen Umbruch auf die Straße gingen. An der "Beida" sammelten sich damals die fortschrittlichen Gelehrten jener Zeit, unter ihnen die GründerInnen der kommunistischen Partei. Der 4.Mai 1919 markiert auch den Beginn der Chinesischen Moderne und der Abkehr von den überkommenen Strukturen des Kaiserreiches.

Seit dem Tode von Hu Yaobang sind in China die StudentInnen wieder auf der Straße. Mehr als 100000 waren es am Donnerstag dem 4.Mai trotz offizieller Demo-Verbote.

Hu Yaobang reorganisierte nach dem Sturz der Viererbande um die Witwe Maos ab Mitte der 70er Jahre die Universitäten und rehabilitierte die unter der Kulturrevolution verfolgten WissenschaftlerInnen. Von Regierungschef Deng Xiaoping selbst an die Macht geholt, wurde er als KP-Chef gewissermaßen Hoffnungsträger für politischen Fortschritt und Demokratisierung auch an den Hochschulen und in der Wissenschaft. Als jedoch Pekings StudentInnen 1986/87 erstmals mit ihren heutigen Forderungen nach Demokratie, Reformen, Presse- und Meinungsfreiheit auf die Straße gingen, würgte Deng Xiaoping die Proteste ab und ließ Hu Yaobang fallen. Deng "entpuppte sich als rücksichtsloser Machtmensch" (Die Zeit, 28.4.89), der zwar die Wirtschaft, nicht aber die Politik modernisieren wollte.

Die Forderungen der StudentInnen sind weitgehend die selben geblieben, doch wenden sie sich darüberhinaus gegen Indoktrinierungskampagnen des Staates, die Kriminalisierung ihres Protestes und fordern die Freilassung politischer Gefangener. Vor dem Hintergrund massiver Krisenzeichen, wie z.B. hohe Inflation, Versorgungsentpässe, außer Kontrolle geratenes Bevölkerungswachstum und innenpolitischen Unruhen (Aufstände in Lhasa/Tibet, die nur durch Kriegsrecht

niedergeschlagen werden konnten!) finden die Studi-Proteste einigen Rückhalt bei anderen gesellschaftlichen Gruppen wie der Presse oder Hochschuldelegationen, aber auch in der breiten Bevölkerung und bei den ArbeiterInnen. Obwohl bisher alle Demonstrationen von Seiten der Regierung verboten wurden, kam es bei den Veranstaltungen zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen. Gleichwohl versucht die Regierung besonders einer breiten Solidarisierung der ArbeiterInnen durch massiven ideologischen Druck in den Betrieben entgegenzuwirken.

Die Gesprächsangebote der Regierung bezeichnen die StudentInnen als Farce und Spaltungsversuch, da sie nur an die offiziellen VertreterInnen gerichtet sind, nicht aber an Gruppen der für illegal erklärten neugegründeten unabhängigen StudentInnen-Organisationen.

Währenddessen breiten sich die Proteste aus. Nach Peking sind mittlerweile die Studis nahezu aller Provinzen auf der Straße und im Veranstaltungsboykott um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Auch wenn sie nach aktuellen Meldungen den Uni-Betrieb demnächst wieder aufnehmen werden, haben sie in vielen Bereichen etwas angestoßen, was vielleicht eine neue "Bewegung des 4.Mai" werden könnte. Und:

Ganz im Gegensatz zur bundesdeutschen StudentInnen-Bewegung der letzten Monate wird in China deutlich, was es heißt, als Bildungselite nicht nur Privilegiensicherung zu betreiben, sondern gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen - eine Perspektive, die ich bei uns ziemlich häufig vermisste.

Aches



# ASID ☺ / THD - oder - ACID / THC ?

## AS Interdisziplinarität (ASID) - Von der Betroffenheit an die Grenzen ?

Unsere Arbeit im ASID läßt sich in einzelne Phasen unterteilen.

Von einer ersten Phase des Kennenlernens und der 'Vorurteilsforschung' unter den StudentInnen der verschiedenen Fachbereiche sind wir über die Beschäftigung mit dem Zentrum für interdisziplinäre Technikforschung (ZIT) und eine erste Diskussion verschiedener wissenschaftstheoretischer Ansätze zu dem Punkt gekommen, eigene Vorstellungen von Interdisziplinarität in Forschung und Lehre zu entwickeln (siehe C\* Nr.8).

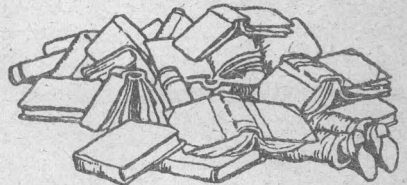
Während einer zweiten Phase der Themenfindung haben wir uns aus verschiedenen (bereits früher dargestellten) Gründen für ein konkretes interdisz. Arbeiten zu den verschiedensten Fragestellungen im Zusammenhang mit ISDN, dem neuen Telekommunikationsnetz der Post, entschlossen. Idee dabei war, Interdisziplinarität am konkreten Beispiel aufzuprobieren und so die theoretische Diskussion durch praktische Erfahrung zu unterfüttern. Außerdem verbinden sich mit ISDN technische, gesellschaftliche und auch ingenieurwissenschaftliche Fragestellungen zu einem ID-Arbeitsfeld, in dem ein AS möglicherweise kritischere Aspekte herausarbeitet, als der etablierte Stiftungs- und Wirtschafts-abhängige Wissenschaftsbetrieb.

In der dritten Phase unserer Arbeit haben wir das Thema ISDN für uns eingegrenzt, und Interessen und mögliche Arbeitsschwerpunkte im Plenum herausgearbeitet. Diese ersten Fragestellungen wurden dann in den nächsten (vierten) Phase strukturiert, und bilden jetzt eine Art 'Seminarplan', der bis hierher gemeinsam erarbeitet wurde und weiterhin für Änderungen oder Erweiterungen offen bleibt. Diese 'vorbereitenden' Phasen waren immer auch begleitet von inhaltlichen Diskussionen, in denen versucht wurde, das Forschungsfeld kennenzulernen, und sozusagen (wenn auch zunächst nur sozusagen 'alltags-wissenschaftlich') auszuleuchten.

Für die inhaltlich intensivere folgende fünfte Phase hatten wir uns vorgenommen, zunächst auf breiter interdisziplinärer Basis die Geschichte von ISDN zusammenzustellen (Literatur, Information...), um dann anhand dieser Geschichte exemplarisch den Fragen 'Wie entwickelt sich Technik' und 'Wie entwickeln sich Kommunikationsstrukturen' nachzugehen.

Obwohl wir einige interessante Literatur heranziehen konnten und auch verschiedene äußerst diskussionsbedürftige Details herausgearbeitet haben (wie etwa den von Seiten der Post formulierten Anspruch, mit ISDN eine möglichst 'vollständige vermittelte Kommunikation' zu realisieren) ist unsere Arbeit ins Stocken geraten, bzw. hat sich auf eine kleine aktive Gruppe reduziert.

Zum Teil hängt das wohl damit zusammen, daß wir selbstbestimmtes Arbeiten nicht gewöhnt sind, wesentlich aber auch damit, daß ein inhaltliches Weiterkommen vor allem auch vom zur Verfügung stehenden Informationspotential abhängt. Während wir unser mehr oder weniger umfangreiches und differenziertes Alltags- bzw. Vorwissen (im Unterschied zu irgendwelchen Stammtischgesprächen) vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Grundbildung sehr ausführlich diskutiert haben, kam irgendwann der Punkt, an dem sozusagen die Luft raus war. Das Weitermachen erforderte nun verstärkte Anstrengungen (z.B. Literaturrecherchen usw.), die mit dem gleichzeitig beginnenden regulären UNI-Betrieb kaum zu vereinbaren waren.



Weil aber selbstbestimmtes Studieren nicht heißen kann, sich mit Halbwissen zufriedengeben, muß dringend parallel zur inhaltlichen Arbeit in den AS auch deren Form und Bedeutung diskutiert werden. Neben dem Interesse für oder der Betroffenheit durch ein Thema (wie etwa die sich verstärkende Reduzierung der FB2/3 auf interdisz. Technikforschung) braucht es eben einfach auch Zeit und Raum (im wahren Sinne des Wortes) wenn wir selbstbestimmt studieren wollen.

Dieser Anspruch verweist auf unsere Forderungen nach Demokratisierung der Hochschulen ebenso wie nach einer grundsätzlichen Diskussion und Neuformulierung des Wissenschaftsverständnisses und des Bildungswesens insgesamt. Doch das Gehäuse, in dem wir uns bewegen ist ebenso massiv wie eng.

# TOTALE-VERANTWORTUNG-DARMSTADT

## AS Verantwortung FB 1

Ausgangspunkt unserer Überlegungen waren einige Fragen in Zusammenhang mit dem Begriff "Verantwortung":

- Wer muß was wem gegenüber verantworten?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Verantwortung und Schuld?
- Kann die Übernahme von Verantwortung eingeklagt werden?
- Woher kommt Verantwortung?
- Was genau bedeutet es, Verantwortung zu übernehmen, und unter welchen Voraussetzungen ist dies überhaupt möglich?

Im folgenden stellen wir einige Ergebnisse unserer Diskussionen vor:

Die Übernahme von Verantwortung bedeutet die Anerkennung einer Handlungsverpflichtung, die aus einem Werturteil erwächst und bei Nichterfüllung Schuld nach sich zieht.

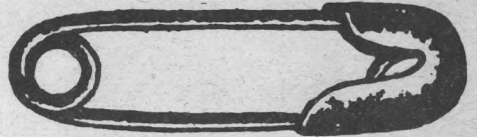
Gegenstand des Werturteils können innere und äußere Handlungen sowie deren Folgen sein. Demnach schließt verantwortliches Handeln die Einbeziehung direkter und indirekter Handlungsfolgen ein. Der gleiche Gedanke liegt der Interpretation des Wortes "Verantwortung" als "Antwort" auf die Frage nach dem Entscheidungsgrund für eine Handlung zugrunde.

Wertfreies Handeln ist nicht möglich, da jeder Handlungsentscheidung ein Werturteil des handelnden Individuums zugrunde liegt. In diesem Sinne ist auch scheinbares Nicht-Handeln als Handlung zu verantworten.

Weiterhin stellte sich uns die Frage nach dem Umfang der Handlungsverpflichtung und der zu berücksichtigenden Folgen.

Notwendige Voraussetzung für die Übernahme von Verantwortung ist die Existenz von Handlungsalter-

nativen für den handelnden Menschen. Nur wer in gewissem Rahmen



frei entscheiden kann, kann Verantwortung übernehmen bzw. zur Verantwortung gezogen werden.

Wer Verantwortung übernimmt, verpflichtet sich zu Handlungen, die entsprechend dem gefällten Werturteil für gut befunden werden (Zwischenfrage: Woher kommen Werturteile?), und schränkt insofern die eigene Handlungsfreiheit ein. Dabei bleibt allerdings die Freiheit unbenommen, eine einmal anerkannte Verpflichtung nicht mehr anzuerkennen bzw. zu ändern. Werturteile und daraus abgeleitete Handlungsverpflichtungen bedürfen einer ständigen kritischen Überprüfung durch Individuum und Gesellschaft. Die bloße Übernahme fremder Werturteile und Verhaltensregeln kommt jedoch einer Delegation von Verantwortung (z.B. an die Bibel, das Grundgesetz, die 'Gesetze' des Marktes ...) gleich. Dies ist kein verantwortliches Handeln.

Da die Handlungsfolgen in hohem Maße von der Macht des handelnden Menschen abhängen, steigt mit zunehmender Macht auch der Umfang der zu berücksichtigenden Folgen. Dabei sind die Folgen individuellen Handelns im gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten, d.h. die Folgen des Handelns anderer Individuen einzubeziehen.

Unterschiedliche Prognosen über Handlungsfolgen und unterschiedliche Bewertungen gleicher Handlungsfolgen werfen die Frage auf, inwieweit die Folgen des Handelns vom handelnden Individuum selbst oder anderen Menschen erkannt und bewertet werden können.

Schuldig ist, wer als Ursache für negativ bewertete Handlungsfolgen angesehen wird. Auch hier können Ursachenermittlung und Bewertung durch verschiedene Menschen zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen führen (wer ist schuld am Waldsterben, an der Arbeitslosigkeit, ...?). Aus der Zuweisung von Schuld ergibt sich die Forderung an das Individuum, verantwortlich zu handeln sowie die negativ bewerteten Handlungsfolgen zu beseitigen.

Soweit unsere Überlegungen zu den eingangs gestellten Fragen. Auf dieser Grundlage wollen wir uns mit konkreteren Fragen zur Rolle von Verantwortung in unserer Gesellschaft befassen.

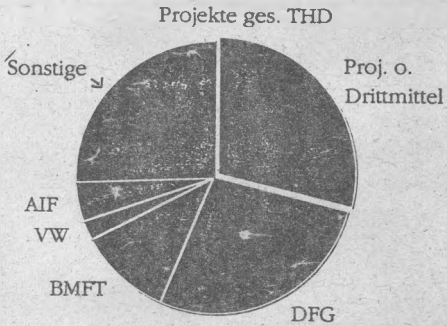
Interesse? tel. 714831 oder 21178.

DRITTMITTEL

Ist die Unabhängigkeit der Lehre und der Forschung noch gewährleistet ?

Fakten:

- Drittmittel sind Personal- und Sachmittel von öffentlich rechtlichen Einrichtungen ( DFG, Frauenhofer G., VW-Stiftung, BMFT) und der Industrie, die zweckgebunden eingesetzt werden (nicht für die Lehre ).
- Ohne Drittmittel ist zur Zeit der Hochschulbetrieb nicht aufrecht zu erhalten. z.B. FB 18: Sachkosten werden zu 3/4 aus Drittmitteln und zu 1/4 aus Landesmitteln-bezahlt.
- ProfessorInnen sind allein verantwortlich Drittmittel zu besorgen und Forschungsschwerpunkte zu setzten
- Befragte Professoren (Cramer, Hoffmann, Dorsch ) glauben in der Wahl der Forschungsschwerpunkte nicht von DrittmittelgeldgeberInnen abhängig zu sein.
- Drittmittel ermöglichen auch kleinen Firmen Forschung



Legende:

- VW = VW-Stiftung
- BMFT = Bundesministerium für Forschung und Technologie
- DFG = Deutsche Forschungsgemeinschaft
- AIF = ?

Wir fordern:

- Mehr Transparenz in der D M -Frage durch
- Die Aufschlüsselung der DM aus Industrie und öffentlichen Institutionen nach Höhe und Herkunft in Personal und Sachmittel für jedes Institut und Ver-



**TERMINE!!!TERMINE!!!TORPEDO!!!TERMINE!!!DEMENTI!!!TERMINE!!!TORNADO!!!TERMINE!!!TERMINE**

**Felsenfeste Termine:**

- \* AG Gentechnik
  - \* AG Studienordnung WI
  - \* AS Grundstudium FB 20
  - \* AS Interne Forderungen FB 20
  - \* AG Wohnungsnot
  - \* AS Studienordnung Informatik
  - \* AG Arbeitsplätze Hütte (FB 15)
  - \* AS **Gesellschaftliche Auswirkungen der Informatik**
  - \* AS Drittmittel/Geldflüsse FB 20
  - \* AS LZI und Bibliothek FB 20
  - \* AS Studentische Mitbestimmung FB 20
  - \* AG Bildungspolitik
  - \* Fachschaftenplenium
  - \* AS Interdisziplinarität am Beispiel ISDN (ASID)
  - \* AG Lehre FB 15
  - \* AS Abschaffung der Hochschule
- |              |                                 |
|--------------|---------------------------------|
| Mo 18.30 Uhr | AStA-Frauen-Ref.                |
| Mo 20.00 Uhr | KHG, Nieder-Ramstädter Str 30   |
| Di 15.00 Uhr | 25/06                           |
| Di 15.00 Uhr | 25/06                           |
| Di 16.00 Uhr | Archi-Bau/Kuhle                 |
| Di 17.00 Uhr | 25/06                           |
| Di 18.00 Uhr | Hütte LiWi                      |
| Di 20.00 Uhr | 25/06                           |
| Di 20.00 Uhr | 25/06                           |
| Mi 10.00 Uhr | 25/06                           |
| Mi 13.00 Uhr | 25/06                           |
| Mi 18.00 Uhr | Archi-Bau/Kuhle                 |
| Mi 18.00 Uhr | AStA (Geb.11)                   |
| Mi 18.30 Uhr | vor 11/100                      |
| Do 20.00 Uhr | Wächter S-Raum                  |
| Fr 19.00 Uhr | DA-Eb. Müllingweg 15, Tel 55294 |

**Vollversammlungen:**

- \* FB 15: 10.05. 11.00Uhr großer Hörsaal
- \* FB 17-19: ruft an! 16-5317
- \* **TH-Vollversammlung** Dienstag, 9. Mai 14.00 Uhr Audi-Max



*Die allerletzte Seite*



# TOTALE HIRNWÄSCHE DRITTMITTEL

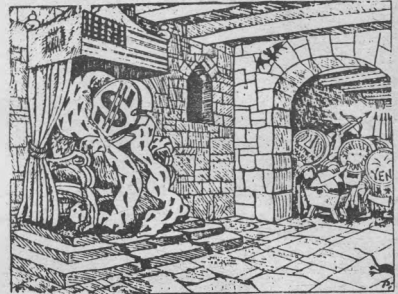
gleich mit ordentlichen Mitteln um die Forschungsprojekte für die Öffentlichkeit transparent zu machen.

- Diese Aufschlüsselung soll für jedes Institut in einem Ordner gesammelt werden.
- Offenlegung im ständigen Ausschuß 2 (Ausschuß für Forschung und Entwicklung) und in den Fachbereichsräten.
- Die uneingeschränkte Veröffentlichung der Forschungsergebnisse von allen Projekten.  
(Änderung des HRG Art. 32, Abs. 2)
- Die Erhöhung der Landesmittel für alle Fachbereiche, da es nicht Aufgabe der Drittmittel sein kann fehlende Landesmittel zu ersetzen.
- ProfessorInnen sollen auch nichtkommerzielle Forschungsschwerpunkte setzen und dafür Drittmittel einwerben, auf diese Weise könnte z.B. die Erforschung der alternativen Energiequellen gefördert werden.
- Einen festen Prozentsatz aller Drittmittel in einen Fond einzuzahlen, um die Lehre, Fachbereiche die wenig Drittmittel erhalten, autonome Tutorien und alternative Forschungsprojekte zu unterstützen.
- Drittmittel sollen auch direkt für die Lehre benutzt werden, das heißt AssistentInnen die aus DMG bezahlt werden, sollen auch für Lehr- und Übungsbetrieb eingesetzt werden.



## AS DRITTMITTELFORSCHUNG und allgemeine FINANZIERUNG am FB INFORMATIK

Viel hatten wir uns vorgenommen. Uns die einzelnen Institute vorknöpfen und herausfinden, für welche Projekte sie wieviel Geld von wem kriegen; Meinungen von Profs, AssistentInnen sowie anderen für uns interessanten Personen sammeln. Aufgrund der Schwierigkeiten, überhaupt "Basisinformationen" zu erhalten, ist es uns nur gelungen, solche Basisinformationen, die nur den Anfang unserer Nachforschungen bilden sollten, auszuwerten. Vielleicht waren die Steine, die unseren Ermittlungen im Wege lagen das wichtigste bisherige Ergebnis!?



Gut die Hälfte aller Projekte am FB 20 werden durch Dritte (mit)finanziert. Das sind bei uns beispielsweise die VW-Stiftung, die Deutsche Forschungs-Gemeinschaft, Siemens etc.. An der TH insgesamt sind dies sogar fast 3/4 aller Projekte, was zu einem Großteil wohl an den Maschinenbauern liegt, die den Löwenanteil der Dritt-Gelder erhalten. 14 von 48 Wissenschaftlichen Mitarbeitern am FB 20 haben Drittmittelstellen, auf denen sie eigentlich keine Lehrverpflichtung haben. Circa 15 % aller Gelder für die Forschung waren Forschungsaufträge Außenstehender, 25-30 % waren Drittmittelgelder, wozu genannte 15 %, Forschungsbeihilfen Außenstehender und Projektförderung der DFG zählen. Doch diese Zahlen sind bloß Schätzung, im Forschungsbericht der THD von 85/86, aus dem wir die meisten Zahlen haben, fehlen Angaben über die Personalausgaben von Land u. Bund für die Forschung. Von der Personalstelle ließen sich nur die Personal-Gesamt-Ausgaben der TH ermitteln sowie Durchschnittshälter. Vom Dekan erhielten wir diese

Woche vom 8.5. - 17.5.89

Ø-Gehälter für die Informatik, wo viele Profs zusätzlich Haltegelder und Berufungszusagen erhalten. Mal Anzahl an Profs bzw. WiMiS. Davon die Hälfte (bei WiMiS ist 50-50 Lehre-Forschung vorgeschrieben, für die Profs haben wir idealisiert angenommen, daß diese die Hälfte ihrer Zeit für die Lehre verwenden).

Interessant waren unsere Gespräche mit dem Zuständigen für die Erstellung des Forschungsberichtes der THD (der gesetzliche Pflicht ist) und WiMiS.

Drittmittelforschung muß nach dem neuen Hochschulrahmengesetz nicht mehr vom FB genehmigt werden, sie muß nur der Finanzstelle angezeigt werden, was sich als Veröffentlichungspflicht im Forschungsbericht der THD auswirkt. Diese Anzeigepflicht (im Forschungsbericht) wird aus mehreren Gründen oft mißachtet - aus Vergesslichkeit - aber oft auch, weil die Geldgeber Angst haben, daß die Konkurrenz auf diese Weise erfährt, in welchen Gebieten Neuentwicklungen geplant sind. Genauso kann es passieren, daß Institute abhängig von Drittmitteln werden, weil sie neue Projekte brauchen, um Mitarbeiter aus früheren Projekten behalten zu können, die gebraucht werden.

Manchmal saugt man sich dann halt irgendetwelche Projekte aus den Fingern, die der VW-Stiftung oder der DFG gefallen könnten. Auch auf eine andere Art sind die Institute abhängig. Drittmittelgelder sind die einzigen Gelder, mit denen sie langfristig planen können. Es kann passieren, daß der Haushalt nicht genehmigt wird und ein Institut monatelang kein Land-Geld erhält. Durch "Bäumchen-Wechsel-Dich"-Spielchen läßt sich die Gehalt-Einsparungs-Pflicht umgehen (der FB soll in 1 Jahr 12% Monatsgehälter einsparen, was bedeutet, daß auslaufende Verträge nicht sofort verlängert werden dürfen), was nicht gerade zur Übersichtlichkeit beiträgt. Sind Drittmittel also das, was die Uni noch am Laufen hält? Eine sinnvolle Perspektive wäre es, den Instituten eine längerfristige Finanzierungsplanung unabhängig von der Tagespolitik zu gewährleisten. Denn Drittmittel machen die Hochschule von Anforderungen der Industrie abhängig. Über die Beeinflussung von Forschungsschwerpunkten wird die Lehre beeinflusst (oder der Prof überläßt die -se seinem Assi, um sich der gewinnbringenden Forschung zu widmen). Einen Betreuer

für interdisziplinäre Diplomarbeiten zu finden ist schwierig, da dies den Geruch von Unwissenschaftlichkeit trägt. Für die Industrie verschnellert sich der Technologietransfer, was nicht unbedingt dem kritischen Überdenken der eigenen Arbeit dient. Über diverse Stiftungen hat neben der Industrie noch die Politik direkten Einfluß auf Hochschulforschung. Eine Idee, um die Hochschulforschung direkter in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, sind "Wissenschaftsläden", wie in Holland. Auch wäre über eine Abgabe von ca. 10 % der Drittmittel "Alternativ"forschung direkt finanzierbar. Diese Ideen sind aber noch nicht ausgereift u. stellen nur Ansätze dar.

Noch kurz etwas zur sonstigen Finanzierung: Die Gelder von Land und Bund für Forschung und Lehre werden in einem sehr originellen Verfahren verteilt. Ratenweise, und jedes Jahr werden erstmal nur 80 % des Vorjahresverbrauchs genehmigt. Zum Teil wird das aus Überlastmitteln (Sondergelder bei Überbelegung) bezahlt, zum Teil bei der 2-ten Rate eingebettelt und gemauschelt. Für HiWis steht dem FB ungefähr genausoviel Geld wie für einmalige Ausgaben zur Verfügung (eine neue SUN-Workstation, PC-Vernetzung etc.) zur Verfügung.

Insgesamt stellen Hochschulfinanzierung und Drittmittelforschung ein sehr interessantes, aber auch sehr komplexes Thema dar. Im Moment wissen wir (3 Mann/Frau) noch nicht, wann bzw. wie wir weitermachen, doch dieser Themenkomplex ist viel zu wichtig um aus den Augen geraten zu dürfen.





8.5 - 17.5.89

## ZUR URABSTIMMUNG

Wir, das Fachschaftenplenium, wurden auf der TH-VV am 09.02.1989 damit beauftragt eine Urabstimmung über „TH-weiten Streik“ vorzubereiten und durchzuführen. In unserer Arbeit in den Semesterferien haben sich für uns völlig neue Aspekte ergeben, deshalb wollen wir die bei uns stattgefundene Diskussion hier skizzenhaft vorstellen:

Für die Urabstimmung spricht:

- Die Abstimmung über einen TH-weiten Streik betrifft alle StudentInnen. Deshalb muß allen die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Abstimmung zu beteiligen.
- Für die Durchführung eines Streiks bedarf es der Zustimmung der Mehrheit der StudentInnenschaft - und nicht nur der Mehrheit der auf der VV Anwesenden.
- Eine Urabstimmung verhindert einen in einer VV möglicherweise entstehenden Gruppendruck.
- Die Urabstimmung wurde auf der TH-VV beschlossen und kann also nur auf einer TH-VV gekippt werden.

Gegen die Durchführung der Urabstimmung spricht:

- Viele StudentInnen - und auch wir selbst - wußten nicht, was es bedeutet, eine Urabstimmung durchzuführen. Zitat: „Ich habe zwar dafür gestimmt, aber kannst du mir 'mal sagen, was das eigentlich ist?“
- An einer Urabstimmung dürfen nur eingeschriebene StudentInnen teilnehmen. Die Rückmeldefrist läuft bis zum 15.05.'89; dazu kommen zwei Wochen für NachzüglerInnen, das hieße eine Urabstimmung könnte erst Anfang Juni stattfinden.
- Eine Urabstimmung muß zwei Wochen laufen, damit stünde ein Ergebnis frühestens Mitte Juni fest.
- Mögliche Aktionen, die aus einer Urabstimmung resultieren, fielen damit wieder in die „Klausur-trächtige“ Zeit des Sommersemesters.
- Genau aus diesem Grund wurde ein TH-weiter Streik im Wintersemester abgelehnt und eine Urabstimmung im Sommersemester beschlossen.

Zur Klarstellung: Uns geht es nicht darum, einen VV-Beschluß zu kippen, weil wir angeblich hoffen würden, einen Streik in einer TH-VV besser durchsetzen zu können, sondern uns geht es vielmehr darum, das Thema Urabstimmung wieder ins Bewußtsein zu rücken, wichtige Informationen darüber zu veröffentlichen und neu zu diskutieren.

Die TH-VV findet am 9. Mai statt!

Euer Fachschaftenplenium

# Totale Hirnwäsche Darmstadt

## Interne Kontrollen:

- strengere Zweckbindungsvorschriften
- Verfolgbarkeit der Datenwege als Voraussetzung für die Kontrolle
- Einführung eines Fristensystems für die Überprüfung und Löschung von Daten
- Aufnahme von nicht verdächtigen Personen nur in besonders begründeten Einzelfällen und nicht als Regel
- Einführung von Verwertungsverboten bei Verletzung des datenschutzrechtlichen Bestimmungen

## externe Kontrollen:

- Benachrichtigung der Personen wenn ihre Daten zu anderen Zwecken als dem laufenden Strafverfahren benutzt werden
- umfassende Auskunftsansprüche gewährleisten (Begründungszwang)
- bei Einstellung des Strafverfahrens wird eine völlige Löschung der Daten notwendig, dies muß schriftlich mitgeteilt werden.

Diese Tagung zeigte wieder einmal wie wichtig es ist, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Ein komplexes Thema, welches sehr viel Zeit erfordert, um die Zusammenhänge und Wirkungsweisen dieser neuen Sicherheitsgesetze zu begreifen.

Da durch die elektronische Datenverarbeitung in Verbindung mit neuen Fahndungsmethoden Informationen, in vorher nicht bekannter Fülle und Verknüpfungsmöglichkeit, gespeichert werden können, liegt die Machtkonzentration in der Hand des Staates.

Wer einmal in die Mühle justitieller Verarbeitung gerät, hat nur geringe Chancen da wieder herauszukommen (das geschieht oft schneller als man/frau glaubt).

Je intensiver wir uns mit solchen Themen auseinandersetzen, desto mehr sieht man/frau wie unheimlich die neue Sicherheit geworden ist, und desto klarer wird wieder einmal, daß politische Arbeit uns alle angeht.



„Es besteht der dringende Verdacht, Junge, daß einer von euch ein verfeindeter Fahnder ist.“

## IMPRÄS - MUMM\*

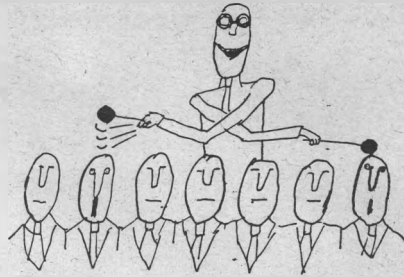
Diese Woche - von denen die da waren wo...  
Die 24. Courage - EXTRA Uni intern -  
für Große TH-VV der Totalen Hirnwäsche UNI  
Darmstadt - 2000 Stück INNEN

\*  
extra-club



## BERICHT AS "MITBESTIMMUNG AM FB 2"

Da das Thema Mitbestimmung und Gremien in der Fachschaft des FB 2 eine gewisse Tradition hat, d.h. die Fachschaft boykottiert seit zwei Jahren alle Gremien im FB 2 aufgrund der undemokratischen Zusammensetzung, bot sich dieses Thema gerade zu an, durch den Streik wieder neu belebt und in entsprechende Aktionen umgesetzt zu werden. Zuerst setzten wir uns einmal mit den historischen Entwicklungen zu diesem Thema auseinander und versuchten so Argumentationen zu entwickeln. Danach holten wir Erkundigungen über neuere Versuche, sich gegen die Mehrheitsverhältnisse zu wehren, ein. Im Zusammenhang mit einer Solidaritätserklärung der "Demokratischen HochschullehrerInnen", in der diese auch für sich das jahrelange Engagement gegen die im Hochschulrahmengesetz (HRG) festgelegte Dominanz der HochschullehrerInnengruppe postulierten, kamen wir zu dem Ergebnis, diese Damen und Herren beim Wort zu nehmen. Die nächstbeste Gremiensitzung, es war die des Direktoriums Politikwissenschaften, wurde mit der Forderung konfrontiert, die paritätische, d. h. jede Hochschulgruppe hat die gleiche Stimmenzahl, Mitbestimmung einzuführen. Nach einer längeren Diskussion, die zum Teil formale und inhaltliche Positionen deutlich machte, wurde eine paritätische Kommission eingesetzt, die zur Aufgabe hatte, eine Resolution zu erarbeiten, auf welche Art und Weise das Direktorium paritätisch besetzt werden könnte. Diese Resolution orientierte sich dann sehr nahe an einem Modell der FU Berlin, das ein altes und ein neues Direktorium vorsieht, wobei das neue Direktorium paritätisch besetzt ist und das Alte sich dazu verpflichtet, dessen Entscheidungen zu übernehmen. Der Vorteil dieser Konstruktion ist deren Legalität, da so gegen geltende Gesetze nicht verstoßen wird, aber als Nachteil kann sich in Konfliktsituationen herausstellen, das es nur eine moralische Verpflichtung des alten Direktoriums gibt diese Abmachung einzuhalten. Es existiert keine rechtliche Verbindlichkeit. Diese Resolution wurde auf einer Direktoriumssitzung Ende Februar mit Einstimmigkeit verabschiedet.



Anfang dieses Semesters wurde auf einer Vollversammlung vier VertreterInnen gewählt, die, integriert in eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Inhalten des Politikstudiums auseinandersetzt, nun studentische Interessen im Direktorium vertreten.

In den Direktorien Soziologie und Germanistik wurden unsere Forderungen ebenfalls zur Diskussion gestellt und wir befinden uns noch in der Auseinandersetzung.

Im Fachbereichsrat (FBR) wurde nach einer kontroversen Diskussion ebenfalls eine paritätisch besetzte Kommission gebildet, die sich Anfang des Semesters das erste Mal getroffen hat. Die Standpunkte, die dabei zusammengetragen wurden, lassen erkennen, daß es sehr schwierig werden wird ein konsensfähiges Arbeitspapier zu erstellen.

Es tut sich also einiges in Sachen Mitbestimmung im FB 2. Eines aber dürfen wir aber bei aller Euphorie über bereits erzielte oder noch mögliche Erfolge nicht vergessen: Die formale Änderung der Mehrheitsverhältnisse in den Gremien ist nur der Anfang. Viel entscheidender ist die inhaltliche Arbeit. Wir müssen Standpunkte für die Gestaltung unseres Studiums entwickeln und anfangen diese aktiv in die Diskussion zu bringen, wobei sich gute Ansätze während der Streikwochen gezeigt haben. Und wir müssen darauf achten das der Informationsfluß in den FBs zwischen allen StudentInnen so intensiviert wird, daß sich eine breite Basis entwickelt, die auch für sich selber einsteht und nicht die Haltung entwickelt. **"Unsere VertreterInnen in den Gremien werden es schon richten!"**

**Neue Wege gespeicherter Daten  
und was danach ...  
Bericht einer Tagung (Köln 21.-23.4.)**

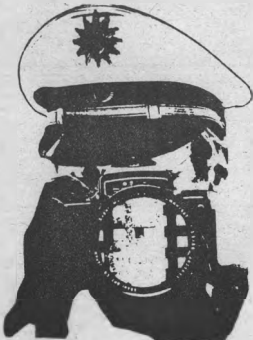
Im Strafverfahren, das als Mittel staatlicher Informationsgewinnung dient, werden von der Polizei eine Vielzahl von Daten erhoben und verwertet. Das betrifft zum einen die beschuldigte Person selbst, als auch weitere Personen z.B. Zeugen und Kontaktpersonen. In erster Linie dienen diese Daten den Ermittlungsbehörden zur Überführung (repressive Funktion). Darüber hinaus kann die Polizei diese Daten auch speichern um zukünftige Straftaten zu verhindern (präventive Funktion), oder sie bei der Verfolgung zukünftiger Straftaten verwerten (Vorsorgende Strafverfolgung). Zudem können diese Daten an die Geheimdienste weitergeleitet werden, und der Datenaustausch mit anderen Staaten wird weiter ausgebaut.

Diese bisher noch teilweise rechtswidrige Praxis soll nun durch die neuen **Sicherheitsgesetze** abgesichert werden.

Die Möglichkeiten der Betroffenen über eine eventuelle Abspeicherung nachzufragen wird weiter eingeschränkt. Es gibt nach Gesetz keine Aussagepflicht über die Speicherung bei Polizei und Verfassungsschutz, lediglich ein Ausagerecht. Dies wird in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich praktiziert.

Der Verfassungsschutz stützt sich darauf, daß seine Aufgabe darin besteht "den organisierten Extremismus" zu beobachten, d.h. es handelt sich hierbei immer um Gruppen, daher seien persönliche Charakteristika nur von sekundärer Bedeutung (im Gegensatz zur Spionageabwehr).

Dem nach bleibt die Frage, ob dies in der Praxis auch zutrifft.



Christian Lochte, Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz erklärte außerdem, daß 95% der Personenkenntnisse das Amt nie verlassen und daß 80 % der Erkenntnisse, die der Vfs hat, von Publikationen stamme. Lediglich 20% der Erkenntnisse erhalte der Vfs über V-Mann/ Frau, Observation und über Abhöraktionen. Dennoch räumte auch er ein, daß zu viel und oft falsches gespeichert wird. Eine falsche Vorstellung des Auftrages führt zu falschen Schwerpunkten und somit bleibt noch immer das Problem, daß "der Computer kriminalistisches Denken nicht ersetzen kann."



Es wird immer zu viel gespeichert und zu wenig gelöscht. Die dadurch entstehende Unübersichtlichkeit kann für den / die Einzelne/n schwerwiegende Folgen haben.

Da die tägliche Praxis mit diesen Dingen zeigt, daß alles gemacht wird, was technisch auch möglich ist und die Folgen nicht beachtet werden, kamen die StrafverteidigerInnen auf dieser Tagung zu folgenden Mindestanforderungen: